

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift  
**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft  
**Band:** 139 (1973)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Israels Zukunft : sine Grenzen und Bevölkerung  
**Autor:** Weisl, Wolfgang von  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-48040>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Israels Zukunft – seine Grenzen und Bevölkerung

Wolfgang von Weisl

Das Jahr 1973 wird allem Anschein nach für die Zukunft des Landes entscheidend sein. Drei wichtige Erklärungen, alle im Monat Januar, haben es eingeläutet: Außenminister Rogers hat, sofort nach dem Vietnam-Abkommen, eine «amerikanische Initiative» für die «Teillösung» des Konfliktes mit Ägypten angekündigt, zugunsten der Wiedereröffnung des Suezkanals bei entsprechendem Rückzug der israelischen Truppen vom Ostufer. Die «Nummer Zwei» der Fatah und Kommandant des «Schwarzen September» hat nach Beendigung der Konferenz der Palästinensischen Befreiungsorganisation in Kairo offiziell die Verantwortung der Fatah für Terrorakte im Ausland übernommen. Weil «die arabischen Regierungen keine Kampfhandlungen auf israelischem Boden zuließen, bleibe den Palästinensern keine andere Möglichkeit übrig, Israel zu treffen». Drittens hat die viertägige Konferenz der 18 Mitgliedstaaten der Arabischen Liga in Kairo die Schaffung eines gemeinsamen Oberkommandos der arabischen Armeen unter dem ägyptischen Kriegsminister beschlossen, und Jordanien – bis dahin gegen einen neuen Krieg – hat sich in die neugebildete «Ostfront» gegen Israel eingeordnet.

In Jerusalem nimmt man diese Einheitsfront noch nicht allzu ernst. Sie mag ein diplomatisches Mittel sein, um den erwarteten und von Ägypten zumindest seit Abzug der 16000 russischen «Berater» erbetenen «Druck» der USA auf Israel zu beschleunigen. Zweck dieses Druckes wäre selbstredend Israels Verpflichtung zur Räumung aller 1967 eroberten Gebiete (höchstens mit «kleinen» Grenzberichtigungen), als Vorbedingung für jede «Teilregelung», sei es mit Ägypten, sei es mit Jordanien.

In Israel gibt es eine kleine Minderheit, die eine solche Verpflichtung befürwortet: die Moskau-treuen Kommunisten (mit 3 Abgeordneten im Parlament, davon 2 Araber), und die Neue Linke, mit 2 Abgeordneten. Alle anderen Parteien lehnen eine Rückkehr zu den Vorkriegsgrenzen ab. Fünf Forderungen scheinen ihnen unabdingbar:

1. *Jerusalem* muß ungeteilt, samt seinen 70000 «Nichtjuden», Israels Hauptstadt bleiben – Exterritorialisierung der christlichen Heiligtümer und jordanische Hoheitsrechte über den Tempelberg mit Aksa-Moschee und Felsendom will Israel zugestehen.

2. Die 1250 km<sup>2</sup> der Golanhöhen mit den Jordanquellen müssen bei Israel verbleiben, um die Sicherheit des Jordantales und des Tiberia-Sees zu gewährleisten. Über Rückgabe des Hauptortes Kuneitra an Syrien ließe sich reden.

3. Der Gazastreifen, etwa 300 km<sup>2</sup> mit (September 1972) 360000 Arabern, muß bei Israel verbleiben – in arabischer Hand wäre er eine ständige Bedrohung für den ganzen Süden.

4. Die Westküste des Golfes von Akaba, 200 km lang, mit Israels neuem Kriegshafen Scharm-esch-Scheich (jetzt auf *Ophir* hebräisiert), wird nicht an Ägypten zurückgegeben. Mit einem nicht näher definierten «Streifen» (von dem angedeutet wird, daß er am Mittelmeer diesseits von El-Arisch, der Hauptstadt der Sinaihalbinsel mit 30000 Einwohnern, die bei Ägypten bleiben würde, beginnt), soll er «mit Israel territorial verbunden werden».

5. Schließlich verlangt Israel «Sicherheit» gegen Erneuerung des Krieges. An der ägyptischen Front sind dafür zwei Bedingungen gegeben: Erneuerung der internationalen Schifffahrt im Kanal (mit Gleichberechtigung für die israelische Flagge) und

Demilitarisierung und/oder Neutralisierung jenes Teils der Sinaihalbinsel, den Israel räumen würde. An der jordanischen Front käme eine begrenzte Demilitarisierung (Verbot von Panzern und Artillerie westlich des Jordans) und Verbleiben israelischer Detachements am Jordan in Betracht. (Außerdem «kleine» Grenzberichtigungen bei *Hebron*, bei *Latrun* auf der Straße nach Jerusalem und bei *Kalkilia*, von wo 1967 jordanische Langrohrgeschütze Tel Aviv beschossen haben.)

Das sind anscheinend die Mindestforderungen, hinter denen 95 % der Wähler stehen. Isreal meint damit die «sicheren und anerkannten Grenzen» gemäß Paragraph 1/II der oft zitierten Resolution 242 des Sicherheitsrates vom 22. November 1967. Wenn die Araber und ihre Freunde (die kommunistischen und die afroasiatischen Staaten) von dieser Resolution 242 sprechen, so verstehen sie darunter Rückkehr zum status quo ante bellum. Angesichts dieser Divergenz ist es fraglich, ob auch nur eine Teilregelung zustande kommt, bei der Fragen über die Zukunft Jerusalems oder Grenzziehung im Sinai in der Schwebe bleiben.

Unterdessen aber geht in Israel eine erbitterte innerjüdische Diskussion über die eroberten Gebiete vor sich. Gerade weil keine Aussicht auf baldige Verständigung mit den Nachbarstaaten besteht – von formellem Friedensschluß ganz zu schweigen – gerade deshalb streiten die jüdischen Politiker untereinander darüber, wie Israel eigentlich seine Zukunft planen solle. Nicht was bei Friedensverhandlungen *möglicherweise* erreichbar ist, steht im Vordergrund der Debatte, sondern was von jüdischnationalem Standpunkt, und als Politik auf *lange* Sicht, *erwünscht* ist. Darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Es gibt Minimalisten, die aus vor allem sozialistischer Ideologie «Eroberungen» ablehnen und nicht wollen, daß «Juden über Araber herrschen». Viele Jugendliche der radikalen Linken haben «Schuldgefühle» gegenüber der arabischen Minorität. Auf keinen Fall wollen sie «über noch mehr Araber» regieren. Diese Gedanken beeinflussen die Mehrheit der «linken» Koalitionspartei des «Mapam» (7 von den 63 Abgeordneten des Blocks Arbeitspartei-Mapam), die deshalb auch gegen jeden Vorschlag zur Gründung neuer Siedlungen jenseits der Vorkriegsgrenze stimmen. Das hat allerdings nicht verhindert, daß 40 solcher Wehrdörfer (siehe beiliegende Kartenskizze) entstanden sind und ein halbes Dutzend weiterer für 1973 bewilligt wurde.

Im schärfsten Gegensatz zum Mapam stehen die große Oppositionspartei «Gachal», mit 26 Mandaten und zwei kleinere Parteien mit zusammen 6 Mandaten. Aber auch die religiösen Parteien, mit 18 Abgeordneten, gehen in der Forderung, «keinen Fußbreit Boden» (zumindest westlich des Jordans) aufzugeben, mit der Opposition Hand in Hand. Für sie ist die biblische *Verheißung* zugleich ein religiöses Gesetz: Israel sei zwar nicht verpflichtet, Gebiete zu *erobern*, die Gott beim Bundesschluß mit Abraham seinen Nachkommen zugeschworen hat: «vom Strom Ägyptens bis zum Euphrat». Aber schon eroberten Boden Kanaans dürfe es nicht freiwillig räumen. Man sieht: Von den 120 Abgeordneten der «Knesseth» sind 50 *gegen* jeden Rückzug; 10 jüdische und 6 arabische Abgeordnete sind für weitestgehenden Rückzug; 50 Arbeitspartei- und 4 Liberale suchen einen Kompromiß, der auch für Washington (und Moskau) annehmbar sein soll. Vor allem aber soll dies die «demographische Zukunft Israels» sicherstellen, «den jüdischen Charakter des Staates» garantieren.

Unter diesem «jüdischen Charakter» wird zweierlei verstanden: erstens und vor allem eine ganz überwiegend jüdische *Mehrheit* im Lande und, was für das Streben der herrschenden Arbeitspartei nach absoluter Majorität in der «Knesset» (Parlament) wichtig ist – im Parlament. Zweitens die Bewahrung des



zionistischen Ideals von der «Normalisierung» des jüdischen Menschen. Dazu gehört, daß Juden auch die schwersten und schlechtest bezahlten körperlichen Arbeiten verrichten, nicht sie von anderen besorgen lassen.

Beides sei in Gefahr, sagt die Mehrheit der Arbeitspartei und die der Regierung in Jerusalem, wenn Israel *alle* eroberten Gebiete behält. Denn in ihnen leben rund eine Million Araber (genauer 1 028 000), 640 000 davon im früher jordanischen Westjordanland; 360 000 im Gazastreifen, 30 000 im Sinai. In *Alt-Israel* waren (Januar 1973) 477 500 «Nichtjuden», bis auf etwa 40 000 Drusen und 10 000 Tscherkessen, Bosniaken, Armenier und Europäer alles Araber. Ihnen stehen rund 2 760 000 Juden gegenüber. Mit anderen Worten:

- in *Alt-Israel* (samt 70 000 Nichtjuden von Ost-Jerusalem) machen die Araber ein *Siebentel* der Bevölkerung aus: 14,8 %;
- zusammen mit dem Gazastreifen weniger als ein *Viertel*, 23,3 %; derzeit 835 000 Seelen;
- zusammen mit Gaza *und* dem Westjordanland wären sie aber eineinhalb Millionen; mit 35,5 % *mehr als ein Drittel*.

Das sehen die wichtigsten Führer der Regierung als unvereinbar mit dem «jüdischen Charakter des Staates» an. «Stellen Sie sich eine Knesset vor, in der ein arabischer Block von 40 Abgeordneten sitzt», rief einmal Finanzminister Sapir aus. Der Arbeitsminister Almogi warnt: «Schon heute arbeiten 50 000 bis 60 000 Araber der neuen Gebiete in Alt-Israel; sie sind in den Orangenplantagen und dem Baugewerbe und sogar in vielen Industrien unentbehrlich. Sogar die Kibbutzim, die programmäßig jegliche Lohnarbeit (als «Ausnützung» fremder Arbeitskraft) ablehnen, nehmen schon arabische Tagelöhner auf. Wenn das so weiter geht, werden die Juden in Israel wieder, wie früher in der Diaspora, die körperliche Arbeit Fremden überlassen – und das wäre das Ende des zionistischen Traumes!»

Aus diesen Argumenten zieht man verschiedene Schlüsse. Die äußerste Linke: Keine Annexionen, auch nicht des Gazastreifens! Die Mehrheit der Arbeiterpartei: Der Gazastreifen ist aus militärischen Gründen unentbehrlich und eine Minderheit von 23,3 % Nichtjuden (beziehungsweise 22,4 % Arabern) wäre für den «jüdischen Charakter» des Staates gerade noch erträglich.

Daraus folgt, daß die Gruppe um Sapir, zu der Außenminister Abba Eban gehört, bemüht ist, soviel von Arabern besiedelte Gebiete *loszuwerden* als nur möglich. Der Industrieminister (und Ex-Generalstabschef) Barlew drückte das klar aus: Wünschenswert sei, soviel Gebiet als möglich mit so wenig Arabern als möglich! Für dieses Ziel gibt es zwei Pläne: den sogenannten Allon-Plan und denjenigen Dajans. Beide haben ein Prinzip gemeinsam: Die Wüste Juda und die regenarmen Gebirgshänge östlich der Wasserscheide des Gebirges Ephraim samt der Jordansenke, beide menschenleer, bleiben in israelischer Hand und werden durch Wehrdörfer längs der Grenze gesichert. (Beide wollen auch im Gazastreifen und im Sinai an der Grenze jüdische Dörfer.)

Der Unterschied zwischen Allon und Dajan beginnt bei der Frage, was in den *besiedelten* Gebieten mit den 640 000 «Westjordanern» geschehen soll. *Allon* glaubt an die Möglichkeit eines dauerhaften Friedens, vielleicht auch Separatfriedens, mit König Hussein und will ihm diese Untertanen zurückgeben, im Rahmen der haschemitischen Föderation zwischen einem autonomen Westjordanischen Staat und dem Ostjordanland. Die militärische Sicherung Israels in einem solchen Frieden sei durch Verträge und durch die militärische Präsenz längs des Jordans und am Osthang der Gebirge durch dort zu errichtende Wehrdörfer zu gewährleisten. *Dajan* glaubt nicht an Hussein als möglichen und schon gar nicht als *dauerhaften* Partner. Er hält aber,

soviel man aus Andeutungen zu erraten vermag, auch die Rückkehr der Jordanier in die Nachbarschaft von Jerusalem, Tel Aviv und Haifa für nicht wünschenswert. Er nimmt an, daß der gegenwärtige Zustand noch viele Jahre dauern werde. Diese Zeit müsse ausgenützt werden, um Israels Halt in den neuen Gebieten auszubauen. Dazu – und dies ist ein weiterer Unterschied gegenüber Allon – genügen «Wehrdörfer» keineswegs. Im Kriegsfall könnten sie ohne weiteres vernichtet werden. Um sie sicher und auch wirtschaftlich stark zu machen, müßten große *Städte* im neuen Gebiet angelegt werden; drei davon im Westjordanland, eine «Seestadt» mit einem Hafen, der als drittgrößter Israels zu planen sei, in der Nachbarschaft von El Arisch.

Es gibt noch eine dritte Schule in Israel, die weder die Araber von Nablus und Hebron dem König Hussein zurückgeben noch auf unabsehbare Zeit auf eine Lösung warten will. Sie schlägt vor, den neuen Gebieten «Selbstbestimmungsrecht» zu gewähren. In der Praxis würde das heißen: Schaffung eines *Pufferstaates*, der (so hoffen die Vertreter dieses Gedankens) «eine Brücke zu den anderen arabischen Staaten schlagen soll». Niemand in der jetzigen Regierung ist für diesen Plan. Vor allem, weil die Araber Ostjerusalems oder Galiläas, die dort in manchen Landstrichen die Mehrheit bilden, ja auch «Selbstbestimmung» verlangen – und damit den Bestand Israels gefährden könnten. Davon abgesehen: Die Westjordan-Araber wissen selbst noch nicht, was sie wollen. Vorläufig fühlen sie sich als jordanische Staatsbürger und die meisten sind damit zufrieden.

*Dajan* will ihnen diesen Status lassen. Auch wenn Israel de facto Herrschaft in diesen Gebieten ausübt, sollen deren Bewohner, solange sie wollen, jordanische, ägyptische, syrische Staatsbürgerschaft und Pässe haben, um auch ins «feindliche Ausland» zu reisen, das «israelischen» Arabern die Einreise (und sogar die Pilgerfahrt nach Mekka) verwehrt. Damit will Dajan auch die Sorge vor einem 40 Mann starken arabischen Block im Parlament beruhigen.

Die Gegner Dajans haben ein weiteres, gewichtiges Argument gegen die Eingliederung der «Million» (oder auch nur der 640 000 westjordanischen) Araber: deren gewaltige *Geburtenüberschüsse*. Seit die hygienischen Maßnahmen der israelischen Regierung die Sterblichkeitsziffern der Araber (dank der viel größeren Kinderzahl und daher geringeren Vergreisung) auf ein niedrigeres Maß als das der Juden heruntergedrückt haben, halten die Araber Alt-Israels den internationalen Rekord des natürlichen Zuwachses: 1969 war er 405 auf 10 000! Seither hat er abgenommen, ist aber mit 371 noch mehr als doppelt so groß wie der jüdische! (Zum Vergleich: Italien hat 71, die Schweiz 69, Österreich 31, die Bundesrepublik 13 auf 10 000 Einwohner.) In absoluten Zahlen: Die 35 % Araber von Groß-Israel hatten 1971 einen um 338 Seelen größeren Überschuß als die 65 % Juden: 47 110 gegenüber 46 832. Sapir zitiert Statistiken, die errechnen, daß in 20 Jahren die Araber durch ihren größeren Kinderreichtum die absolute Mehrheit in Israel haben würden. Seine Konsequenz: *Verzicht* auf die Eingliederung zumindest der 640 000 Westjordanier.

Die *Befürworter* dieser Eingliederung machen andere Rechnungen. Vor allem bestreiten sie, daß die Araber immer und ewig einen auch nur annähernd so großen Kinderreichtum hätten. Schon in den letzten drei Jahren gehe der Zuwachs zurück, und mit zunehmender Assimilation an die Juden würde diese Tendenz noch stärker werden. Zweitens hänge es nur von der nationalen Erziehung, vom moralischen und ökonomischen Milieu ab, daß die Juden mehr Kinder hätten. In den ersten Jahren der Masseneinwanderung orientalischer Juden betrug der Geburtenüberschuß 250 auf 10 000; die «fortschrittlichen» Krankenkassen-

Ärzte und soziale Fürsorger taten ihr Bestes, die orientalischen Einwanderer zur Geburtenkontrolle (und Abkehr von traditioneller Religiosität) zu erziehen. Dies führte zum Sinken der Kinderzahl. Umerziehung könne – so predigt man – diese Tendenz rückläufig machen. In der Tat stieg der Geburtenzuwachs seit dem Krieg von 149 auf 182 im Jahre 1971 und 168 im Jahre 1972.

Wichtiger noch ist aber, daß die Demographie Israels von *Auswanderung* und *Einwanderung* abhängt. Bei den Arabern der neuen Gebiete gab es eine nennenswerte Abwanderung nach Jordanien; seit der Volkszählung im September 1967 etwa 88000 Seelen. Dank dieser Abwanderung sank der Prozentsatz der Araber in «Groß-Israel» von 36,9% damals auf die oben erwähnten 35,5% (per Ende August 1972); in 5 Jahren also um 1,4%. Wenn erst die arabische Jugend und insbesondere die rasch wachsende Zahl von Absolventen der Mittelschulen erkennen werde, daß Israel die Gebiete *nicht* räumen wird, dann könne mit einer weiteren Abwanderung gerechnet werden. (Es gibt übrigens eine derzeit ganz kleine Partei, die «jüdische Verteidigungsliga» des bekannten Rav Kahane, die unter den Arabern Propaganda für Auswanderung treibt und Emigranten Unterstützung verspricht.)

Auch bei den Juden gibt es eine ständige Auswanderung. Vor 1967 betrug sie etwa 10000 im Jahr, seither 6000 bis 8000; insgesamt verlor der Staat seit seiner Gründung 170000 bis 180000 Juden durch Abwanderung. 80% dieser Emigranten wollten laut neuester Statistiken zurückkehren. Es hänge also wieder von der Regierung ab, ihnen dabei zu helfen – und dadurch die «Demographie» zu korrigieren.

Die Hauptsache aber ist die jüdische *Einwanderung*. (Es gibt auch eine nicht geringe *nichtjüdische* Einwanderung; 1972 allein wurde 5700 Arabern die Rückkehr nach dem Westjordan gestattet; nach Alt-Israel kamen 1970 967, 1971 698 und im Jahre 1972 sogar 1230, hauptsächlich christliche Einwanderer.)

Die jüdische Einwanderung ist aber weitgehend die Resultante der politischen Situation Israels. Vor 1967 war der Migrationsüberschuß fast Null. Im Kriegsjahr 1967 selbst blieb er klein; seither wuchs der Zustrom von Jahr zu Jahr: Der *Migrationsüberschuß* betrug

|      |      |        |          |        |          |        |
|------|------|--------|----------|--------|----------|--------|
| 1967 | .... | 3 200  | 1969.... | 31 800 | 1971.... | 34 300 |
| 1968 | .... | 12 900 | 1970.... | 32 500 | 1972.... | 49 000 |

1972 kamen 54500 Juden. Für dieses Jahr erwartet man 60000 bis 70000. Ihre Zahl hängt hauptsächlich davon ab, wieviel der bei den Sowjets um Ausreise nachsuchenden 180000 Juden die Erlaubnis erhalten werden. 1972 waren es 34000.

Unter diesen Umständen brauche Israel keine Angst vor dem demographischen Problem zu haben, sagen die Optimisten. 1967 lebten «vom Hermon bis zum Suezkanal» 3760000 Menschen, und die Juden hatten damals eine Mehrheit von 988000 Seelen. Ende August 1972 hatten sie (unter 4214000 Einwohnern) schon eine Mehrheit von fast einviertel Millionen (1220600). Solange die Einwanderung andauert, wird diese Mehrheit ständig wachsen – und je mehr Juden in Israel leben, desto größer wird seine Anziehungskraft auf weitere Immigranten werden. Aus Angst vor dem demographischen Problem brauche Israel also keinen Rückzug aus den «okkupierten Gebieten» zu planen, sagen die Optimisten, zu denen offenbar auch Dajan gehört.

Wie dem aber auch sei: Im Laufe des Jahres 1973 müssen sich die Israelis darüber klar werden, was sie eigentlich wollen. Im Oktober finden Neuwahlen (Parlament und Gemeinden) statt – und angesichts der Möglichkeit, daß Golda Meir nicht mehr an der Spitze der Regierung stehen wird, verlangt Dayan eine eindeutige Entscheidung seiner «Arbeitspartei». Er fordert eine

Wahlplattform, die klar ausdrücken soll, daß «die Juden das Recht haben, in jedem Gebiet Palästinas Boden zu erwerben und zu siedeln», und die die Gründung neuer Städte versprechen soll. Seine Gegner wollen von einem solchen Programm nichts wissen.

Vor einer Erneuerung des Krieges seitens der Ägypter oder Syrier hat man keine besondere Angst, auch nicht, nachdem Präsident Sadat Ende März 1973 alle Ämter in seiner Hand vereinigt hat und etliche Hundert russische Experten nach Ägypten zurückgekehrt sind. Von der außenpolitischen Front und von der militärischen Front ist gegen Ende des sechsten Jahres nach dem Sechstagekrieg nichts Neues zu melden.

## Gefechtsführung der Artillerie (Schluß)\*

Major Heinz Häsler

### 4.2. Ausweichen vor dem gegnerischen Feuer durch Stellungswechsel

Die heutige Organisation und die Einsatzdoktrin der mobilen Artillerie basieren (der Name sagt es aus) ausschließlich auf dem Grundsatz der Beweglichkeit der Artillerieformationen. Durch Beweglichkeit, das heißt durch möglichst rasches Wechseln der Stellungen, soll einerseits dem Feindfeuer ausgewichen (Selbstschutzmaßnahme), andererseits der Nachteil der kleinen Reichweite der Geschütze aufgewogen werden (in gewissem Sinne: Erhöhung der Feuerbeweglichkeit durch Verschieben des Artilleriedispositivs). Die gegenwärtige Gefechtsgliederung der mobilen Abteilungen ist voll auf diesen Grundsatz abgestimmt.

Das Manöver von Formationen der mobilen Artillerie oder von Teilen davon bildet also den Normalfall.

Entsprechend wird auch die Ausbildung in Schulen und in Wiederholungskursen gestaltet. Das Schwergewicht liegt hier in der Beachtung des Zeitfaktors. Begonnen mit dem Stellungenbezug des Einzelgeschützes über den Stellungenbezug der Batterie, bis zur Beweglichkeitsübung der ganzen Abteilung: Die Bewertung der Arbeit von Kadern und Mannschaften jeden Detachements und jeder Staffel geschieht in erster Linie auf Grund der Zeitmessung.

Für die Panzerartillerie, deren Geschütze und Feuerleitfahrzeuge gepanzert und voll geländegängig sind, ist ein Manöver von einer Stellung zur andern ohne großen Aufwand und innert kürzester Zeit zu verwirklichen. Die Beweglichkeit ist ja einer ihrer Vorzüge.

Wie steht es aber mit den gezogenen Formationen?

Ausweichen vor dem gegnerischen Feuer soll mit der gezogenen Artillerie durch Bezug der Wechselstellung erreicht werden.

Der Entscheid, wann das zu geschehen hat, liegt je nach Einsatzart beim Artilleriechef oder beim Kampfgruppenkommandant.

Verfügt dieser nun über genügend Nachrichten (Anzeichen), daß er diesen Befehl im richtigen Augenblick erteilen kann?

\* Siehe ASMZ Nr. 5/1973, S. 237 ff.